



In Würde alt werden, ohne jemandem zur Last zu fallen: 10 bis 15 Prozent der Rentnerinnen und Rentner leben in der Schweiz an der Armutsgrenze. (Bild Edouard Rieben)

Wo sparen in der Sozialversicherung? Sparmassnahmen dringend nötig, aber schwierig

Von Franziska Frey-Wettstein, Zürcher Kantonsrätin (fdp.)

Die prekäre Lage der öffentlichen Haushalte macht es deutlich: Es muss gespart werden. Davon können wohl auch die öffentlichen Sozialleistungen nicht ausgenommen werden. Doch wo kann wirkungsvoll tatsächlich gespart werden? Die Autorin beschreibt im folgenden, wie schwierig es ist, diese Frage zu beantworten. Dabei ist auch sie davon überzeugt, dass Sparmassnahmen dringend notwendig sind.

Ein neuer Abschnitt im Leben eines jeden Schweizer und einer jeden Schweizerin beginnt, wenn er/sie die erste AHV-Rente bezieht. Bei vielen löst dies einen bitteren Geschmack und ein Gefühl der Unsicherheit aus. Man macht sich Gedanken über die vielleicht noch 20 Jahre, die vor einem liegen, macht sich Sorgen darüber, ob das Ersparte und der Versicherungsschutz ausreichen, ob später einmal durch die Pflegebedürftigkeit die letzten Vermögenswerte aufgezehrt werden und wie man, ohne jemandem zur Last zu fallen, in Würde alt werden kann. Diese Unsicherheit dem Altwerden gegenüber wird sich wohl in nächster Zukunft verstärken. Die soziale Sicherheit ist kein Tabuthema mehr, und die Frage, wieviel Sicherheit wir uns denn noch leisten können, steht im Raum.

Im Budget 1996 rechnet der Bund mit einem Defizit von 4 Milliarden Franken, der Kanton Zürich mit einem solchen von 600 Millionen Franken. Die Gemeinden erwarten Mehrkosten durch die rasch ansteigende Zahl alter Menschen. 1970 wurde jeder 7. erwirtschaftete Franken für die Sozialversicherung abgezweigt, 1992 war es bereits jeder 4. Franken. Bundesrätin Dreifuss stellte kürzlich fest, dass zur Sicherung der Sozialwerke neben dem einen für die AHV bereits vorgesehenen Mehrwertsteuerprozent zusätzliche 4 bis 5 Prozent notwendig sein werden.

Bundesrat und Volk möchten auf keinen Fall eine Steuererhöhung oder zusätzliche Abgaben über Lohnprozente in Kauf nehmen. Letztere verteuern die Arbeit und schmälern unsere Konkurrenzfähigkeit im Ausland. Es zeigt sich aber, dass Sparen in der Sozialhilfe gar nicht so einfach ist, wenn man damit nicht die Schwächsten bestrafen oder lediglich eine Verschiebung der Leistungen von einem Kostenträger auf einen anderen erreichen will.

Wer ist armutsgefährdet?

1990 bezahlte der Kanton Zürich 41 Millionen Franken an Bedürftige, 1993 waren es bereits 110 Millionen Franken. Trotzdem wird in allen neuen Armutsstudien in der Schweiz auf die steigende Zahl von Menschen hingewiesen, die an der Grenze zur Armut leben. Diese Bevölkerungsgruppe ist am stärksten von einer Krise bedroht, und es besteht die Gefahr, dass Einsparungen im sozialen Bereich gerade diese Menschen treffen würden. Die jetzt schon stetig ansteigenden Fürsorgeausgaben könnten dann explosionsartig anwachsen. Damit stellt sich die zentrale Frage, welche Gruppierungen aus welchen Gründen besonders armutsgefährdet sind und ob unsere Gesellschaft mit ihrem weitgespannten sozialen Netz letztlich in der Lage ist, diese widersprüchliche Entwicklung aufzufangen. Alle Armutsstudien

weisen darauf hin, dass Armut mit den zur Verfügung stehenden Fähigkeiten, das eigene Leben zu meistern, zu tun hat. Dabei sind besonders das soziale Umfeld und die Schulbildung von Bedeutung. Rezepte zur nachhaltigen Reduktion der Sozialausgaben können nur wirksam werden, wenn es gelingt, armutsgefährdeten Menschen ein selbständiges Leben zu ermöglichen.

Die Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen verteilen sich grob auf drei Gruppen: ausgesteuerte Arbeitslose, alte Menschen und alleinerziehende Mütter.

Ausgesteuert und ohne Arbeit

Zurzeit gibt es in der Schweiz 42 000 Ausgesteuerte, soviel wie die Stadt Thun Einwohner hat. Nach neuesten Erhebungen (Studien der Nordwestschweiz und der Romandie) finden bereits unter den knapp 50jährigen 9 von 10 Ausgesteuerten keine Arbeit mehr. Immer wieder begegnet man Menschen «im besten Alter», die arbeiten möchten, aber dies nicht können, weil niemand mehr bereit ist, sie einzustellen. Argumente sind dann etwa: Es kostet zuviel, Arbeitsplätze sind rar und müssen für die Jungen reserviert bleiben, Alte sind den neuen technischen Anforderungen und dem modernen Arbeitstempo nicht mehr gewachsen. Damit zeichnet sich eine Zukunft ab, in welcher Menschen noch bis zu 35 Lebensjahre, also etwa die Hälfte der aktiven Lebensphase, ohne Arbeit und als Pensionäre verbringen müssen. Da muss man sich schon fragen, ob dies nicht eine grandiose Verschwendung von Lebenskraft und menschlichen Ressourcen bedeutet. Dabei geht unserer Gesellschaft ein grosses Wissen verloren, das eigentlich dringend zur Lösung der vielen anstehenden Probleme benötigt würde.

Arbeit wäre genügend vorhanden, aber wir können sie nicht mehr bezahlen. Prof. W. Fahrländer («Schweizerische Ärztezeitung», Heft 37, 1995) möchte einen obligatorischen Zivildienst für alle einrichten, um den im nächsten Jahrtausend aus demographischen Gründen besonders im Pflegebereich drohenden Notstand und Mangel an Arbeitskräften zu bekämpfen. Er weist darauf hin, dass auch Arbeitslose umgeschult werden könnten. Weiter könnten auch Fürsorgeempfänger, besonders ausgesteuerte Arbeitslose, mit einbezogen werden. Dies führt zwar nicht zu direkten Einsparungen, da die entsprechenden Fürsorgegelder ohnehin ausbezahlt werden müssen. Für den Betroffenen aber besteht ein grosser Unterschied: Es ist wichtig, eine sinnvolle Arbeit zu haben, egal, wer diese bezahlt. Die persönliche Würde wird dadurch wiederhergestellt, und gesundheitliche Schäden, eine häufige Folge von Arbeitslosigkeit, würden ausbleiben. Indirekt könnten mit einem solchen Modell mit Sicherheit Kosten eingespart werden. Zusätzlich sollten die Bedingungen zur Auszahlung von Startgeldern und anderen Erleichterungen bei der Gründung eines eigenen Unternehmens verbessert werden.

Armut bei alten Menschen

Geschätzt wird, dass 10 bis 15 Prozent der Rentnerinnen und Rentner an der Armutsgrenze, aber auch ein Drittel in sehr guten Verhältnissen leben. Ob dies nach Einführung der 10. AHV-Revision, die für etwa die Hälfte der Rentnerinnen

und Rentner eine markante Verbesserung bringt, immer noch so ist, wird in einem nationalen Forschungsprojekt analysiert, dessen Resultate Mitte 1996 zur Verfügung stehen sollen. Im übrigen fehlen genaue Statistiken über die Vermögensverhältnisse von Rentnerinnen und Rentnern. Sicher ist, dass viele alte Menschen an der Grenze zur Armut leben. Gründe sind unter anderem, dass bei vielen eine leistungsfähige 2. Säule fehlt, da diese erst 1985 für obligatorisch erklärt wurde. Es gilt deshalb ganz besonderes Augenmerk darauf zu richten, dass es bei diesen alten Menschen nicht zu Abzügen kommt.

Neue Arme: alleinerziehende Mütter

Bei den alleinerziehenden Müttern sind ganz andere Probleme dafür verantwortlich, dass es häufig zur Fürsorgeabhängigkeit kommt. Allerdings steht auch hier die Frage der Arbeit im Zentrum. Es ist an sich schon eine schwere Aufgabe, allein die Verantwortung für ein Kind zu tragen und zusätzlich ein volles Arbeitspensum zu leisten. Wenn dazu noch Lebensdefizite kommen, die darauf zurückzuführen sind, dass manche junge Mutter kaum ein Zuhause gekannt und wenig Schulen besucht hat und vielleicht noch aus einem fremden Kulturraum kommt, dann sind ihre Chancen gering, in unserer Gesellschaft ohne Hilfe zu überleben.

Präventive, flankierende Massnahmen sind deshalb dringend nötig. Kinderkrippen, Tagesmütter und Tagesschulen sind kein Luxus, sondern für viele Frauen eine dringende Notwendigkeit. Für wirtschaftlich schlecht gestellte Mütter ist das in den ersten zwei Jahren im Kanton Zürich gewährte Kindergeld eine Hilfe. Es fehlt aber ein ausgebautenes ausserhäusliches Betreuungssystem, das berufstätigen Müttern auch in den Jahren danach eine echte Entlastung brächte.

Eine Gesamtschau

Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass Einsparungen im Sozialwesen nicht von vornherein ausgeschlossen werden können. Um aber zu verhindern, dass die Kosten lediglich von einem öffentlichen Träger auf den nächsten verschoben werden oder dass vorwiegend bei den Schwächsten gespart wird, müssen übersichtlichere Strukturen und eine gezieltere Ausschüttung der Mittel gefordert werden. Eine Gesamtübersicht ist selbst für Experten kaum mehr möglich. Wenn trotz rasch anwachsenden Sozialausgaben die Probleme der Armut in unserem Land zunehmen, ist eine kritische Überprüfung unseres gesamten Sozialsystems dringend nötig.

Den Menschen, die an der Armutsgrenze leben, muss mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wir brauchen flexiblere Strukturen, Hilfen zur Selbsthilfe und einen gezielteren Einsatz zur Behebung bestehender Lebensdefizite. Nachhaltige Einsparungen können nur erreicht werden, wenn wir unsere veränderten Gesellschaftsstrukturen besser verstehen und ohne Vorurteile akzeptieren lernen und damit auch neuen Lebensformen eine Chance geben. Der Rotstift allein wird nicht zum Ziele führen.